



Europa-Info-Mail

für das Münsterland . November 2008

Dr. Markus Pieper, MdEP



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

nicht nur Europa, sondern die gesamte Welt befindet sich stetig im Wandel. Nach den soeben erfolgten Präsidentschaftswahlen in den USA besteht nun die Chance eines Neuanfangs der Beziehungen zwischen den USA und Europa. Barack Obama wird - dies bleibt zu hoffen - einiges anders und besser machen als sein Vorgänger.

In Zeiten der Finanzkrise wird deutlich, dass Europa nicht unabhängig ist, sondern einen Teil der gesamten Weltwirtschaft darstellt. Genau deshalb ist es so wichtig, mit den Weltmächten gerade im Bereich der Finanz- und Außenpolitik zusammenzuarbeiten, ohne dass die EU sich dabei in den Schatten drängen lässt.

Ich bin gespannt auf die Zeit, die nun vor uns liegt.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP

Besuchen Sie meine **Internetpräsenz:**
www.markus-pieper.eu

Dr. Markus Pieper, MdEP

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel
Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05
markus.pieper@europarl.europa.eu . www.markus-pieper.eu

Europa-Info-Mail

für das Münsterland. November 2008

Dr. Markus Pieper, MdEP



CDU

Inhaltsverzeichnis (1)

Thema des Monats	<i>Seite 4</i>
_ Korrekturen an der EU-Agrarreform notwendig	<i>Seite 4</i>
Aus den europäischen Institutionen	<i>Seite 5</i>
_ Neue EU-Handelskommissarin	<i>Seite 5</i>
_ EU strebt europäisches Hochschulranking an	<i>Seite 5</i>
_ Fragebogen zur Erkennung neuer Ziele für Jugendpolitik	<i>Seite 5</i>
_ Sarkozy Architekt erfolgreichen EU-Krisenmanagements	<i>Seite 6</i>
_ Stoiber erhält Unterstützung von CDU/CSU-Abgeordneten	<i>Seite 6</i>
Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz	<i>Seite 7</i>
_ Neue Werbekampagne für Öko-Lebensmittel	<i>Seite 7</i>
_ Tierschutzbeauftragter in Schlachthöfen	<i>Seite 7</i>
_ Rumänien: Alle Agrarmittel auf Eis legen	<i>Seite 7</i>
_ Keine Massentötungen bei Schweinepest	<i>Seite 8</i>
_ Netz für die Entwicklung des ländlichen Raums	<i>Seite 8</i>
_ Europäisches Parlament für europäische Regelung in Scheidungsfragen	<i>Seite 8</i>
_ Schadenersatzansprüche leichter durchsetzbar	<i>Seite 8</i>
_ Mehr Verbraucherschutz im Einzel- und Onlinehandel?	<i>Seite 9</i>
_ Computerbuchungen: Transparente Flug- und Bahnangebote	<i>Seite 9</i>
Wirtschaft, Energie und Verkehr	<i>Seite 10</i>
_ Energieabhängigkeit in der EU27 gestiegen	<i>Seite 10</i>
_ Neufassung der Gesamtenergieeffizienz-Richtlinie für Gebäude	<i>Seite 10</i>
_ Neuer Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation	<i>Seite 10</i>
_ Umstellung auf Digitalfernsehen	<i>Seite 11</i>
_ NGA Breitbandtechnologie - schnellere Datenübertragung	<i>Seite 11</i>
_ Pkw-Tagfahrlicht Pflicht ab 2011	<i>Seite 11</i>
_ CO2-Limits bei Pkw: Tragfähige Plenarabstimmung notwendig	<i>Seite 12</i>
EU-Erweiterung	<i>Seite 13</i>
_ Fortschrittsbericht zur Türkei unehrlich und beschönigend	<i>Seite 13</i>
_ Scharfe Kritik an gesamter EU-Erweiterungspolitik	<i>Seite 13</i>



Europa-Info-Mail

für das Münsterland .November 2008

Dr. Markus Pieper, MdEP

Inhaltsverzeichnis (2)

Kommunales	<i>Seite 14</i>
_ Qualität der Schulbildung in Europa soll verbessert werden	<i>Seite 14</i>
_ Untersuchung der Lebensbedingungen im Städteaudit	<i>Seite 14</i>
_ Unbeschnittene Kompetenz der Kommunen beim Stadtverkehr	<i>Seite 14</i>
_ Territorialer Zusammenhalt wird gefördert	<i>Seite 15</i>
_ Europäisches Parlament fordert weitere Wassereinsparungen	<i>Seite 15</i>
Förderung und Termine	<i>Seite 16</i>
_ 2009 Jahr der Kreativität	<i>Seite 16</i>
_ KULTUR: Ergebnis der Projektauswahl für Kooperationsprojekte	<i>Seite 16</i>
_ Berliner Konferenz "Europa eine Seele geben"	<i>Seite 16</i>
_ Europabroschüre für Kinder im Grund- und Vorschulalter	<i>Seite 16</i>
Regionales	<i>Seite 17</i>
_ Münster will grüne Hauptstadt Europas werden	<i>Seite 17</i>
_ Arbeit für das Münsterland	<i>Seite 17</i>
_ Zu Besuch in Brüssel und Straßburg	<i>Seite 17</i>
Zu guter Letzt ...	<i>Seite 18</i>
_ Überleben der Überraschungseier gesichert	<i>Seite 18</i>

Thema des Monats

Korrekturen an der EU-Agrarreform notwendig

Mitte Oktober hat der Landwirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments über den so genannten Health Check der Gemeinsamen Agrarpolitik abgestimmt. Bereits im September hatte der Stellung nehmende Regionalausschuss konkrete Forderungen für die zusätzliche Ausnahme kleiner Betriebe aufgestellt. Dieser Stellungnahme ist der Landwirtschaftsausschuss bei seiner Abstimmung leider nicht gefolgt. Aus diesem Grund fordere ich für die nun bevorstehende Plenarabstimmung in Straßburg eine zusätzliche Ausnahme kleiner Betriebe von den Korrekturen des so genannten Health Checks. Die vorgesehenen Reduzierungen bei den betrieblichen Ausgleichszahlungen für Landwirte zu Gunsten von Förderprogrammen der Entwicklung des ländlichen Raums gehen zu weit. Die Politik muss die vielfach angespannte betriebliche Ertragslage aufgrund gestiegener Rohstoff- und Energiepreise stärker berücksichtigen.

Aus diesem Grund sollten kleinere Betriebe, die eine Ausgleichszahlung in Höhe von bis zu 10.000 € erhalten, ganz aus der Umwidmung der Mittel für den ländlichen Raum (Modulation) herausgenommen werden. Der Kommissionsvorschlag und das Votum des Agrarausschusses sehen diese Befreiung jedoch bisher lediglich für Betriebe mit bis zu 5.000 € Ausgleichszahlungen vor.

Eine Alternative zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums wäre, nicht genutzte Gelder aus den Strukturfonds für Förderprogramme der ländlichen Entwicklung zur Verfügung zu stellen.

Ein weiterer umstrittener Punkt ist die vorgeschlagene Milchquotenerhöhung. Der Kommissionsvorschlag sieht bisher ein Auslaufen der Milchquote bis 2015 bei einer Gleichzeitigen Erhöhung der Quote bis 2013/2014 um jährlich 1 % vor. Der Landwirtschaftsausschuss hingegen sprach sich nun für eine Erhöhung der Milchquote in den Jahren 2009/2010 sowie 2010/2011 um jeweils 1 % aus. Des Weiteren sollen eingesparte Mittel aus dem Agrarhaushalt in den neu geschaffenen Milchfonds übergehen und die Kommission wurde aufgefordert, bis Ende 2010 einen Bericht über die Lage auf dem Milchsektor zu erstellen und Vorschläge für Maßnahmen für eine "sanfte Landung" machen sowie einen Bericht über die Auswirkungen der 2%igen Quotenerhöhung vom 01.04.2008 unter Berücksichtigung sozialer, weltwirtschaftlicher und preislicher Aspekte vorzulegen.

Die Abstimmung über den Health Check der gemeinsamen Agrarpolitik wird in der kommenden Plenarsitzungswoche in Straßburg (17. - 20. November) stattfinden.

Aus den Europäischen Institutionen

Neue EU-Handelskommissarin

Trotz anfänglicher Zweifel über ihre fachliche Qualifikationen hat der Handelsausschuss des Europäischen Parlaments der neuen Handelskommissarin Baroness Catherine Ashton of Upholland sein Vertrauen ausgesprochen. In einer 2 ½-stündigen Anhörung stellte sich die Britin, die durch den Wechsel von Peter Mandelson in das britische Kabinett neues Mitglied der EU-Kommission geworden ist, den Fragen der Abgeordneten. Bei dem Handelskommissariat handelt es sich um einen der wichtigsten Posten in der EU, dementsprechend hart, aber fair war die Anhörung. Kandidaten für die EU-Kommission werden von den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments angehört. In der Vergangenheit hatte das Parlament designierte Kommissionsmitglieder auch schon abgelehnt.

http://ec.europa.eu/commission_barroso/ashton/index_de.htm

Europäische Union strebt europäisches Hochschulranking an

Mit einem europäischen Hochschulranking soll nach den Vorstellungen der französischen Ratspräsidentschaft ein Gegengewicht zu dem einflussreichen Shanghai-Ranking geschaffen werden, von dem behauptet wird, es bevorzuge englischsprachige Institutionen. Insbesondere soll aber ein größerer Informationswert für Studierende geschaffen werden, indem das neue Ranking die Stärken und Schwächen der europäischen Hochschulen eingehend abbilden soll. Im Shanghai-Ranking sind als beste deutsche Universitäten die Ludwig-Maximilians-Universität München und die Technische Universität München (auf den Plätzen 53 bzw. 56 von insgesamt 510) gelistet. Es ist davon auszugehen, dass diese Angelegenheit im November von den EU-Bildungsministern diskutiert werden wird.

<http://www.euractiv.com/de/bildung/frankreich-fordert-weltweites-hochschulranking-heraus/article-174348>

Fragebogen zur Erkennung neuer Ziele für die Jugendpolitik

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Jugendpolitik unter dem Motto "Rede mit uns und sag, was Du denkst" gestartet. Mit der Konsultation sollen Fragen zu den wichtigsten Herausforderungen und Möglichkeiten beantwortet werden, die junge Menschen am stärksten betreffen. Der Fragenkatalog umfasst die Bereiche Bildung und informelles Lernen, Beschäftigung, Diskriminierung, soziale Integration und freiwillige Aktivitäten junger Menschen. Vor allem interessierte Jugendliche aber auch Jugendverbände bzw. -vereine sollten sich an dieser Befragung beteiligen. Die Konsultation endet am 25. November 2008.

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=Youthchallenges&lang=de>

Aus den Europäischen Institutionen

Sarkozy Architekt erfolgreichen EU-Krisenmanagements

Das jüngste Krisenmanagement der Europäischen Union zur Finanzkrise hat von der Tatkraft des derzeitigen französischen Ratspräsidenten Nicolas Sarkozy profitiert. Europa hat Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt und kann somit zum weltweiten Stabilitätsanker werden. Jetzt gilt es bei den weiteren Beratungen zum EU-Klimapakete nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie aus den Augen zu verlieren. Eine Versteigerung der Emissionsrechte muss von der Existenz eines internationalen Abkommens abhängig gemacht werden. Eine einseitige Vorleistung der Europäer würde unsere Industrie ruinieren.

Stoiber erhält Unterstützung von den CDU/CSU-Abgeordneten

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament unterstützt die Tätigkeit der von Edmund Stoiber geleiteten "High Level Group" zum Bürokratieabbau mit Nachdruck. Stoiber sieht im Europäischen Parlament einen "natürlichen Verbündeten" beim Bürokratieabbau. Das gesetzte Ziel, die Bürokratielasten in der EU bis 2012 um 25 % zu verringern, ist ehrgeizig, muss aber weiter verfolgt werden. Die Verwirklichung erster Reformvorschläge könnte allein durch die Reduzierung der Berichtspflichten bei den 16 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in der Europäischen Union bis zu 7,5 Milliarden Euro an Kosteneinsparung bewirken.

http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/home_de.htm#cc

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Neue Werbekampagne für Öko-Lebensmittel

Die Europäische Kommission hat eine neue Kampagne für ökologischen Landbau eröffnet. Unter dem Slogan „Bio. Gut für die Natur, gut für Dich“ soll die Werbekampagne die Verbraucher, insbesondere Kinder und Jugendliche, über die Erzeugung ökologischer Lebensmittel sowie über die damit verbundenen Vorteile informieren. Das Herzstück der Kampagne ist eine Website für ökologischen Landbau, mit einem elektronischen „Werkzeugkasten“, der Fachleuten aus dem gesamten Lebensmittel- und Agrarsektor kostenfrei Marketingmaterial in 22 Sprachen zur Verfügung stellt, um die ökologische Erzeugung und den ökologischen Landbau zu fördern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1209&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Tierschutzbeauftragter in Schlachthöfen

Die Anforderungen an Schlachthöfe werden verschärft. Künftig muss in allen Schlachthöfen die Stelle eines Tierschutzbeauftragten geschaffen werden, der für die Umsetzung der Tierschutzmaßnahmen verantwortlich ist. Für kleinere Schlachthöfe sind Befreiungen von dieser Pflicht vorgesehen. Die neue Verordnung sieht auch vor, dass die Hersteller von Betäubungsgeräten Anleitungen zur Einhaltung der Tierschutzbestimmungen bereitstellen. Darüber hinaus werden die zuständigen Behörden im Falle von Massentötungen bei Tierseuchen in höherem Maße rechenschaftspflichtig gemacht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1371&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Rumänien: Alle EU-Mittel auf Eis legen!

Bereits Ende August hat sich die Europäische Kommission dazu entschieden, die Auszahlung von Agrargeldern an Rumänien bis auf weiteres zu stoppen. In den Beitrittsverhandlungen ist vorgesehen, dass bei Nicht-Erfüllung der EU-Standards Haushaltsmittel aus EU-Programmen vorübergehend blockiert werden können. Nach Einschätzung von Transparency International ist Rumänien das korrupteste Land der EU. Die Mängel, welche die Kommission bei der Finanzkontrolle feststellt, ziehen sich durch die gesamte Verwaltung durch und betreffen auch die sensiblen Bereiche Inneres und Justiz.

Keine Massentötungen bei Schweinepest

Die Europäische Kommission soll den von Deutschland auf Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen eingerichteten Plan zum Freitesten im Fall eines Schweinepestausbruchs genehmigen. Das habe ich gemeinsam mit einem Kollegen in einem Brief an die dafür zuständige Kommissarin für Gesundheit und Verbraucherschutz gefordert. In den vergangenen Jahren wurden regelmäßig bei Ausbruch der Schweinepest riesige Bestände an gesunden Tieren getötet. Dieses Vorgehen war damals noch notwendig, um die Ausweitung zu verhindern. Dank neuer veterinärmedizinischer Verfahren besteht mittlerweile jedoch die Möglichkeit, die Schweine zu impfen und bei Seuchenverdacht sehr kurzfristig und sicher auf eine mögliche Infizierung zu testen. Im Falle eines negativen Testergebnisses könnten unnötige Massentötungen in Zukunft verhindert werden.

Netz für die Entwicklung des Ländlichen Raums

Die Europäische Kommission bildet ein Netz für die Entwicklung des ländlichen Raums, in dem politische Entscheidungsträger, Behörden und Vertreter aus Lehre und Forschung aus der gesamten EU zusammengeführt werden sollen, um den Austausch von Ideen, Informationen und Erfahrungen zu erleichtern. Zu den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gehört insbesondere die Förderung des ländlichen Raums, der die europäische Siedlungsstruktur maßgeblich prägt. Die ländlichen Gebiete sind 91 % des Gebiets der EU, in der mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1525&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäisches Parlament für europäische Regelung in Scheidungsfragen

Mitte Oktober hat sich das Europäische Parlament für mehr Rechtsvereinfachung in Scheidungsfällen mit internationalem Charakter ausgesprochen, die fast 16 % aller Scheidungen in Europa ausmachen. Bei dem Vorschlag geht es um die zusätzliche Frage, welches Recht im Fall einer Scheidung von "internationalen" Ehepaaren anwendbar sein soll. Es geht nicht um die Fragen, die das Scheidungsfolgerecht (Unterhalt, Zugewinn), betreffen. Auf Verlangen des Europäischen Parlaments müssen beide Ehegatten künftig ausreichend über die Auswirkungen ihrer Wahl des angewandten Rechts informiert werden.

Schadenersatzansprüche leichter durchsetzbar

EU-Bürger können in Zukunft Schadenersatzansprüche leichter durchsetzen. Das ab 2009 geltende EU-einheitliche Verfahren findet auf Forderungen von bis zu 2.000 € grenzüberschreitend Anwendung. Um das Verfahren einzuleiten, reicht ein Standardformular, das in allen Amtssprachen der EU erhältlich ist. Eine mündliche Verhandlung findet nur statt, wenn das Gericht sie für notwendig erachtet. Sie kann dann auch per Videokonferenz durchgeführt werden.

Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

Mehr Verbraucherschutz im Einzel- und Onlinehandel?

Die Europäische Kommission plant, den Verbraucherschutz im Einzel- und im Onlinehandel weiter auszubauen. Danach sollen in der gesamten EU beim Einkauf, Umtausch und im Versandhandel, aber auch bei Haustürgeschäften und Bestellungen im Internet, einheitliche Lieferfristen, Garantierechte und Rückgabemöglichkeiten gelten. Der Richtlinienvorschlag sieht u. a. vor, dass Verbraucher einen Anspruch auf eindeutige Informationen über Preis, Zusatzkosten und Gebühren haben sollen, bevor sie einen Vertrag abschließen. Bei Verzug oder Nichtlieferung soll der Kunde innerhalb von 7 Tagen sein Geld zurückbekommen. Nach dem Vorschlag sollen die Mitgliedstaaten nicht mehr das Recht haben, strengere oder weniger strenge Regelungen vorzugeben. Das hat bereits die Bundesregierung auf den Plan gerufen, da dadurch einige deutsche Verbraucherschutzrechte eingeschränkt würden, etwa das Widerrufsrecht bei Haustür- und Internetgeschäften und die kostenlose Rücksendung von Waren im Versandhandel. Der Vorschlag bedarf der Zustimmung des Parlaments und der Mitgliedstaaten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1474&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Computerbuchungen: Transparente Flug- und Bahnangebote

Bei Flugbuchungen über Computerreservierungssysteme in Reisebüros müssen künftig alle Steuern und Gebühren enthalten sein. Dies steht in einer neuen EU-Verordnung über einen Verhaltenskodex zu Computerreservierungssystemen, über die das Europäische Parlament Anfang September abgestimmt hat. Auf diese Weise werden die Verbraucher besser gegen unseriöse Flug- und Bahnangebote geschützt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0402+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-1>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Energieabhängigkeit in der EU 27 gestiegen

Im Jahr 2006 ist in der EU 27 die Energieabhängigkeit gestiegen, die Energieerzeugung ging zurück und der Verbrauch blieb unverändert. Die Energieerzeugung bestand aus Kernenergie (29% der Gesamterzeugung), Festbrennstoffen (22%), Gas (20%), erneuerbaren Energieträgern (15%) und Rohöl (14%). Die wichtigsten Lieferanten von Rohöl und Erdgas waren Russland (33% der Öleinfuhren und 40% der Gaseinfuhren) und Norwegen (16% bzw. 23%). Die vom statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften für 2006 ermittelten Daten können in deutscher Sprache abgerufen werden unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008_MONTH_07/8-10072008-DE-AP.PDF

Neufassung der Gesamtenergieeffizienz-Richtlinie für Gebäude

Die Europäische Kommission arbeitet an einer weitergehenden Regelung zu energieeffizienten Bauen. Durch die Neufassung der Gesamtenergie-Effizienz-Richtlinie für Gebäude soll bis 2020 im Gebäudebereich die Einsparungsquote (von derzeit 7 %) auf 18 % des gesamten jährlichen Energieverbrauchs der EU gesteigert werden. Vorgesehen ist u. a. das Absenken oder Streichen der 1000-Quadratmeter-Grenze für Mindestanforderungen an Gebäude; die Stärkung der Energie-Ausweise, die fester Bestandteil von Verkaufs- und Vermietungsanzeigen werden sollen; die Stärkung der Qualität und der Resultate von Inspektionen für Heizungs- und Klima-Anlagen sowie die Bereitstellung eines Benchmarking-Instruments für die Mitgliedstaaten, damit diese ihre Mindestanforderungen für Gebäude auf das kosten-optimale Niveau heben können und grenzüberschreitende Vergleiche möglich werden. Die Neufassung könnte im Jahr 2012 in Kraft treten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/08/438&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäischer Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation

Das Europäische Parlament hat Ende September das so genannte Telekom-Paket verabschiedet, mit dem ein europäischer Rechtsrahmen für elektronische Kommunikation geschaffen werden soll. Das Paket umfasst eine Richtlinie zu Verbraucher- und Datenschutz, eine Richtlinie über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten und eine Verordnung zur Errichtung eines neuen Gremiums nationaler europäischer Regulierungsbehörden. Das Parlament hat sich gegen eine Regelung der Überwachung von Internet-Usern im Telekompaket ausgesprochen.

Für 27. November 2008 ist die politische Einigung im Rat geplant. Die zweite Lesung des Parlaments soll noch vor Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 2009 erfolgen.

http://www.europarl.de/presse/pressemitteilungen/quartal2008_3/PM_080924_1a

Wirtschaft, Energie, Verkehr

Umstellung auf Digitalfernsehen

Das Europäische Parlament hat einen Bericht über die so genannte "digitale Dividende" diskutiert. Digital ausgestrahlte Fernsehkanäle benötigen bis zu viermal weniger Frequenzbreite als analoge Kanäle. Durch die Umstellung auf Digitalfernsehen wird daher ein großes Frequenzspektrum frei ("digitale Dividende"), das anderweitig genutzt werden kann, beispielsweise für Multimedia-Dienste, mobiles, interaktives Fernsehen, aber auch für medizinische Fernbetreuung, Katastrophenschutz, Tele-Arbeit oder Fernausbildung über drahtlose Breitbandangebote.

Der Bundesrat hat das Recht, über die Verteilung der digitalen Dividende zu entscheiden, z. B. darüber, welcher Anteil zur Schließung von Versorgungslücken bei der Breitbandversorgung, zur Verfügung gestellt wird.

http://www.europarl.europa.eu/news/public/focus_page/052-29881-156-06-23-909-20080526FCS29861-04-06-2008-2008/default_p001c002_de.htm

Die Stellungnahme des Bundesrats unter:

http://www.umwelt-online.de/cgi-bin/parser/Drucksachen/drucknews.cgi?texte=0861_2D07B

NGA Breitbandtechnologie - schnellere Datenübertragung

Die Europäische Kommission arbeitet an einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Breitbandnetze der nächsten Generation (Next Generation Access - NGA), die eine Vervielfachung der Datenübertragung ermöglichen. In den nächsten 3 Jahren stehen 20 Milliarden Euro Investitionen in NGA-Netze an. Die Kommission hat den 27 Mitgliedstaaten den Entwurf einer Empfehlung zugeleitet, die u. a. Regelungsvorschläge für Zugangsbedingungen, Gebühren und Risikozulagen für die NGA enthält. Durch gemeinsame Vorschriften (so genannte regulatorische Rahmen) für NGA-Netze soll eine einheitliche Behandlung der Netzbetreiber in der EU erreicht und die für Investitionen erforderliche Rechtssicherheit geschaffen werden. Die alles entscheidende Frage wird sein, ob die Kosten der Glasfaserinstallation zu einer digitalen Spaltung Europas führen, in Bürger und Unternehmen mit und ohne NGA-Anschluss. Der Entwurf der Empfehlungen ist Gegenstand einer öffentlichen Konsultation, die bis zum 14. November 2008 läuft. Das Konsultationspapier der Kommission unter:

http://ec.europa.eu/information_society/policy/ecommlibrary/public_consult/nga/index_en.htm

PKW-Tagfahrlicht Pflicht ab 2011

Ab 2011 werden in der EU Tagfahrleuchten zur KFZ-Pflichtausstattung. Das sind spezielle Frontleuchten, die sich automatisch einschalten, wenn der Motor angelassen wird. Diese Tagfahrleuchten machen ein Fahrzeug für andere Verkehrsteilnehmer, vor allem Fußgänger, Rad- und Motorradfahrer früher und besser erkennbar. In Ländern, in denen Tagfahrleuchten bereits vorgeschrieben sind, wurden damit gute Erfahrungen gemacht.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1394&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Wirtschaft, Energie, Verkehr

CO2-Limits bei PKW: Tragfähige Plenarabstimmung notwendig

Die künftigen EU-Grenzwerte für CO₂-Emissionen bei Neufahrzeugen bleiben weiter umstritten. Bei der Abstimmung im Umweltausschuss Ende September sprach sich das Europäische Parlament für die Einführung des künftigen Zielwerts von 120 Gramm pro Kilometer für alle Neuwagen bereits ab dem Jahr 2012 aus. Das wäre allerdings der Ruin für große Teile der Automobilproduktion in der EU. Der Kompromiss, der für den Kohlenstoffdioxidausstoß von Neuwagen eine zeitlich gestaffelte Einführung bis 2015 vorsah, ist zunächst gescheitert. Dieses Kompromisspaket bildet nun die Grundlage für die Abstimmung im Plenum, die im Dezember zu erwarten ist.

EU-Erweiterung

Fortschrittsbericht zur Türkei unehrlich und beschönigend

Anfang November wurde von der Europäischen Kommission der aktuelle Fortschrittsbericht zur Türkei vorgelegt. Leider fehlt der EU-Kommission der Mut, Kritik an den Defiziten in der Türkei deutlich zu sagen und die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Es ist offensichtlich, dass die Türkei noch weit von europäischen Standards entfernt ist. Es ist jetzt an der Bundesregierung die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und im Rat gegen die Eröffnung weiterer Verhandlungskapitel mit der Türkei zu stimmen. Bei wichtigen europäischen Vorgaben hat sich die Türkei keinen Zentimeter bewegt, so z. B. bei der Anerkennung Zyperns als souveränen Staat, der Meinungs- und Pressefreiheit und dem Minderheitenschutz.

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/press_corner/key-documents/reports_nov_2008/turkey_progress_report_en.pdf

Scharfe Kritik an gesamter EU-Erweiterungspolitik

Scharfe Kritik wurde an dem Fortschrittsbericht zu Kroatien aus dem Europäischen Parlament geübt. Kroatien bereite sich im Gegensatz zu den anderen Beitrittskandidaten vorbildlich auf den Beitritt vor, bekomme aber ein künstliches Hindernis nach dem nächsten aufgebaut. In dem nun vorgelegten Bericht heißt es, dass das Land Ende 2009 die letzte Phase der Gespräche erreichen soll, obwohl das Europäische Parlament klar beschlossen habe, dass die Beitrittsverhandlungen mit Zagreb spätestens im nächsten Jahr abgeschlossen sein müssten.

http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/press_corner/key-documents/reports_nov_2008/croatia_progress_report_en.pdf

Kommunales

Qualität der Schulbildung in Europa soll verbessert werden

Die Europäische Kommission hat Anfang Juli eine Agenda für die europäische Zusammenarbeit im Schulwesen veröffentlicht. Die Vorschläge umfassen unter anderem eine Verbesserung der Lese- und Rechenkompetenz, entsprechende Modernisierung von Lehrplänen, Lernmaterialien und der Lehrerausbildung, eine Ausweitung des Zugangs zur Vorschulerziehung auf alle Kinder sowie eine Steigerung der Qualität der Schulbildung durch eine umfassendere Selbstevaluierung der Schulen.

Die Mitteilung wird ergänzt durch ein Arbeitsdokument der Kommissionsstellen, das die neuesten Forschungsergebnisse und Statistiken sowie eine Zusammenfassung der Reaktionen auf die Konsultation der Öffentlichkeit zum Thema „Schulen für das 21. Jahrhundert“ enthält.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1094&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Untersuchung der Lebensbedingungen im Städteaudit

EUROSTAT hat die Lebensbedingungen in großen Städten verglichen. Das Zahlenwerk dient der bedarfsgerechten Steuerung von Maßnahmen und Investitionen in der Kohäsionspolitik und soll auch von allen Entscheidungsebenen in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wann ein vergleichbares Zahlenwerk auch für die mittleren und kleineren Gemeinden vorgelegt wird. Das Städteaudit erstreckt sich auf 9 Bereiche, die Daten beziehen sich auf das Jahr 2004. Ausgewertet wurden 321 Städte in EU-27, davon 40 aus Deutschland. Ab 2009 soll das Städteaudit jedes Jahr durchgeführt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1387&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Der 1. Städtebericht vom Mai 2007 „Zustand der europäischen Städte“ unter:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/urban/state_exec_de.pdf

Unbeschnittene Kompetenz der Kommunen zum Stadtverkehr

Der EU-Aktionsplan Stadtverkehr wird sich auf die Förderung intelligenter Transportsysteme, Fragen der Interoperabilität und die Harmonisierung des Rechtsrahmens für Umweltzonen beschränken. An diesen Rahmen können sich die Kommunen orientieren, falls sie sich für entsprechende Maßnahmen entscheiden wollen. Mit dem für Anfang 2009 erwarteten Aktionsplan dürfte damit die höchst kontroverse Debatte über das EU-Grünbuch Stadtverkehr abgeschlossen sein. Der stark zentralistische Ansatz der Kommission, den städtischen Verkehr nach europaweit einheitlichen Grundsätzen zu organisieren, scheiterte am Parlament, das sich für eine unterstützende Rolle der EU im Bereich des Stadtverkehrs aussprach, ohne dass dadurch die Kompetenzen der Kommunen beschnitten werden

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0356+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Kommunales

Territorialer Zusammenhalt wird gefördert

Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch zum territorialen Zusammenhalt vorgelegt, das als Kernziel die Erhaltung der europäischen Siedlungsstruktur ("territoriale Vielfalt") beinhaltet. Das Grünbuch zeigt Wege und Mittel auf, um die Abwanderung aus ländlichen Gebieten oder Zersiedelung mit dem typisch hohen Energie- und Flächenverbrauch zu vermeiden. Die Kommission sieht für den Ausgleich bestehender Entwicklungsunterschiede Handlungsbedarf in drei Schlüsselbereichen: Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftsdichte; Überwindung von Entfernungen; Überwindung administrativer Grenzen.

Das Siedlungsmuster der EU unterscheidet sich deutlich von dem der restlichen Welt. In Europa gibt es ungefähr 5.000 Städte zwischen 5.000 und 50.000 Einwohnern und rund 1.000 Großstädte mit mehr als 50.000 Einwohnern. Dieses relativ dichte städtische Netz umfasst nur wenige Millionenstädte. Die öffentliche Konsultation zu dem Grünbuch läuft bis zum 28. Februar 2009.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1460&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäisches Parlament fordert weitere Wassereinsparungen

In einem kürzlich verabschiedeten Bericht spricht sich das Europäische Parlament für weitere Wassereinsparungen aus und fordert die Verbesserung bestehender Versorgungsanlagen durch neue technologische Lösungen. Nach dem Bericht werden 20 % des Wassers durch ineffizienten Umgang verschwendet. 40 % des in der EU verbrauchten Wassers könnten durch sachgemäße und nachhaltige Wassernutzung eingespart werden. Für die Kommunen dürfte von besonderem Interesse die Feststellung des Parlaments sein, dass „die öffentliche Wasserversorgung eine grundlegende öffentliche Dienstleistung für die Allgemeinheit im Zusammenhang mit der öffentlichen Gesundheit darstellt, die ununterbrochen zur Verfügung stehen muss“.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A6-2008-0362&language=DE&mode=XML>

Förderung und Termine

2009 Jahr der Kreativität

Das Europäische Parlament hat das Jahr 2009 zum europäischen Jahr der Kreativität und Innovation erklärt. Ziel ist es, kreative und innovative Ansätze und Initiativen in unterschiedlichen Bereichen, sowie menschliche Tätigkeiten auf allen Ebenen zu nutzen und zu fördern. Im Vordergrund sollen verschiedene Bildungsthemen wie Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik und andere Technologien stehen, um die Problemlösungsfähigkeit und praktische Anwendung von Wissen und Ideen fördern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1389&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KULTUR: Ergebnisse der Projektauswahl für Kooperationsprojekte

Die Europäische Kommission hat die Auswahlresultate der in 2008 geförderten Projekte innerhalb des Programms KULTUR 2007 - 2013 in den Förderbereichen 1.1 Mehrjährige Kooperationsprojekte und 1.2.1 Kleinere Kooperationsprojekte (EACEA 23/2007) veröffentlicht.

http://eacea.ec.europa.eu/culture/calls2007/results/call_23_2007/index_en.html

Berliner Konferenz "Europa eine Seele geben" 14./15.11.2008

Mit ihrer dritten Berliner Konferenz bringt die zivilgesellschaftliche Initiative "Europa eine Seele geben" hochrangige Vertreter der europäischen Politik und Wirtschaft mit Vertretern der Geistes- und Kulturwelt zusammen. Wie bei den vorangegangenen Konferenzen von 2004 und 2006 geht es um die Grundidee, dem äußeren Rahmen ökonomischer und politischer Entwicklung einen in der Zivilgesellschaft Europas verankerten kulturellen Kern zu geben.

<http://www.asoulforeurope.eu/index.php?id=689>

Europabroschüre für Kinder im Grund- und Vorschulalter

Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung hat eine neue Ausschreibung eines Projekts der Aktion Europa veröffentlicht. Maximal 40.000 Euro werden für die Konzeption, Redaktion, grafische Gestaltung und Illustration einer Europabroschüre für Kinder im Grund- und Vorschulalter vergeben. Die Einreichfrist ist bereits der 19. November 2008

http://www.bund.de/nn_176712/Organisations/Bund/U/BR-Deutschland/U/BPA/Daten/Ausschreibungen/081020-Europabroschuere-Kinder-ausschr.html

Regionales

Grüne Hauptstadt

Münster will Grüne Hauptstadt Europas werden. Für diese Auszeichnung haben insgesamt 35 Städte aus 17 Ländern ihren Hut in den Ring geworfen. Aus Deutschland haben sich weiterhin Bremen, Freiburg, Hamburg, Hannover, Magdeburg und München beworben. Sechs Städte (je drei für 2010 und 2011) kommen in die Vorauswahl. Ende 2008 werden Gutachter der Jury ihre Empfehlungen vorlegen. Die Bekanntgabe des Ergebnisses ist für Anfang 2009 geplant.

www.europeangreencapital.eu

Arbeit für das Münsterland

Bei meiner Arbeit in Straßburg und Brüssel möchte ich selbstverständlich die Interessen des Münsterlandes stärken. Dazu beispielhaft einige regionale Aktivitäten/Ortstermine der vergangenen Wochen:

- Mariengymnasium Warendorf, Zertifizierung als Europaschule
- Berufsfachschule Metall, Steinfurt, Diskussion zu Berufsperspektiven
- Bersenbrück, Rotary-Club Altkreis Bersenbrück
- Ahaus, 20-jähriges Partnerschaftsjubiläum Ahaus-Haaksbergen
- Schloss Raesfeld, 50 Jahre Euregio
- IHK-Münster, Podiumsdiskussion "Quo vadis Strompreis?"
- Münster, 50 Jahre Euregio
- Handelsschule Rheine, Diskussion mit Fremdsprachenassistenten
- Kreishaus Warendorf, Plakatausstellung 50 Jahre Europäisches Parlament
- Graf-Adolf-Gymnasium Tecklenburg, Schülerdiskussion zur Europawoche
- Vorträge/Arbeitsgespräche u.a. bei kommunalen Einrichtungen und CDU-Verbänden in Altenberge, Havixbeck, Rheine, Senden, Münster, Vreden, Legden, Warendorf, Ladbergen, Riesenbeck, Hopsten, Wettringen

Zu Besuch in Straßburg und Brüssel

Folgende Besuchergruppen waren bei mir in den letzten Wochen zu Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel bzw. Straßburg:

- Politisch Interessierte Bürger/-innen aus dem Münsterland
- BDkJ Kreis Borken
- Senioren-Union Kreis Borken
- Weltfenster e.V.
- Maximilian-Kolbe-Gesamtschule Saerbeck
- Europa-Union Münster

Bilder der Gruppen - sofern ein Fotograf anwesend war - finden Sie auf meiner Homepage: www.markus-pieper.eu

Zu guter Letzt ...

Überleben der Überraschungseier gesichert

Bei der Abstimmung im Binnenmarktausschuss über die Neuauflage der EU-Spielzeugrichtlinie hat das Europäische Parlament diejenigen Änderungsanträge abgewiesen, die unter dem Deckmantel des Verbraucherschutzes ein Verbot von Überraschungseiern zur Folge gehabt hätten. Auch in Zukunft werden es demnach Schokoeier mit einem Spielzeugkern geben.

Des Weiteren hat sich der Ausschuss für ein Verbot von gefährlichen Stoffen und Duftstoffen in Kinderspielzeug ausgesprochen.

<http://www.epp-ed.eu/press/showPR.asp?PRControlDocTypeID=1&PRControlID=7987&PRContentID=13885&PRContentLg=de>